

ZDH kompakt

Entlastung von Bürokratie: Jetzt und konsequent.

Die bürokratische Belastung des Handwerks und der gesamten Wirtschaft steigt unvermindert und hat inzwischen ein kritisches Maß erreicht. Immer mehr junge Meisterinnen und Meister scheuen wegen der Bürokratie den Schritt in die Selbständigkeit. Es braucht mehr als das angekündigte Bürokratieentlastungsgesetz: Es bedarf politischer Entschlossenheit für konsequente Maßnahmen und eine umfassende Entlastungsstrategie.

Berlin, Juni 2023

Bürokratielasten nehmen zu

Der Jahresbericht der Bundesregierung weist erstmals nach vielen Jahren einen Anstieg der Belastung aus. Damit wird rechnerisch vollzogen, was Handwerksbetriebe seit langem spüren. Die Belastung hat ein Niveau erreicht, das Betriebsinhaberinnen und -Inhaber frustriert und junge Menschen trotz Talent und Motivation davor zurückschrecken lässt, den Schritt in die handwerkliche Selbständigkeit zu wagen.

Keine weitere Zeit mehr verschenken

Der Koalitionsvertrag enthält wichtige Maßnahmen und Ansätze. Die Umsetzung nimmt aber nur langsam Fahrt auf oder lässt gänzlich auf sich warten. So etwa das angekündigte Bürokratieentlastungsgesetz. Das politische Zögern kostet viel Zeit, die sich Deutschland angesichts der wirtschaftlichen Lage, der Fachkräftesituation und dem zunehmend schärferen Standortwettbewerb nicht leisten kann.

Was zu tun ist

Handwerksbetriebe brauchen endlich spürbare Entlastungen, damit sie sich um ihre eigentliche Tätigkeit und ihre Kunden kümmern und ihr innovatives Potential ausschöpfen können. Ein Bürokratieentlastungsgesetz kann hierbei nur ein Teil der Lösung sein.

Zudem muss der Bestand an Dokumentations- und Berichtspflichten systematisch überprüft und reduziert werden. Digitalisierungspotentiale – wie etwa der Grundsatz der einmaligen Datenerfassung (once only) – müssen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahren konsequent genutzt werden.

Der Zuwachs an neuer gesetzlicher Belastung ist strikt zu vermeiden und die Bürokratiebremse „one in / one out“ um die Umsetzung europäischer Rechtsakte zu ergänzen. Die europäische Gesetzgebung muss bei der Belastungserhebung insgesamt stärker berücksichtigt werden. Der Gesetzgeber hat auch den Verwaltungsvollzug von Beginn an mitzudenken.

Die Politik steht im Wort und in der Verantwortung. Das Handwerk sagt auch weiterhin seine Unterstützung zu, wenn es darum geht, mit ernsthaften und ambitionierten Maßnahmen echte Entlastung zu erreichen. In unserem E-Magazin „Freiräume schaffen“ zeigen wir auf, wie eine effektive Entlastungsstrategie aussehen kann.

[Hier](#) geht es zum ZDH-E-Magazin: Freiräume schaffen.

Die umfassende und laufend aktualisierte Liste an Vorschlägen des Handwerks zum Abbau bestehender Belastungen können Sie [hier](#) herunterladen.



Ansprechpartner Dr. Markus Peifer

Abteilung: Organisation und Recht
+49 30 20619-351
peifer@zdh.de · www.zdh.de

Herausgeber:

Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.
Haus des Deutschen Handwerks
Mohrenstraße 20/21 · 10117 Berlin
Postfach 110472 · 10834 Berlin

Lobbyregister: R002265
EU Transparency Register: 5189667783-94

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH) vertritt die Interessen von rund 1 Million Handwerksbetrieben in Deutschland mit mehr als 5 Millionen Beschäftigten. Als Spitzenorganisation der Wirtschaft mit Sitz in Berlin bündelt der ZDH die Arbeit von Handwerkskammern, Fachverbänden des Handwerks auf Bundesebene sowie bedeutenden wirtschaftlichen und sonstigen Einrichtungen des Handwerks in Deutschland. Mehr unter www.zdh.de